

Ein Bogen vom Viamala-Brief zum EU-Rahmenabkommen

Die SVP Graubünden hat sich in Scharans mit dem künftigen Verhältnis der Schweiz zu Europa beschäftigt und trotz gewisser Sympathien eine klare Nein-Parole zur Zersiedelungsinitiative gefasst.

von Jano Felice Pajarola

Es herrscht schon fast Stubenatmosphäre an diesem Dienstagabend im kleinen Saal des Schulheims Scharans. Rund ein halbes Hundert Delegierte haben den Weg an den Versammlungsort gefunden, das garstige Winterwetter drückt die Präsenzzahl bei der SVP Graubünden etwas nach unten. Und auch eine der eingeladenen Referentinnen hat abgesagt, kurzfristig und krankheitsbedingt: die Bernerin Sara Gasser von den Jungen Grünen, Mitglied des Komitees, das die Initiative «Zersiedelung stoppen» lanciert hat. So muss nun SVP-Grossrat Roman Hug im Alleingang statt kontradiktorisch das Volksbegehren präsentieren, über das am 10. Februar abgestimmt wird. Und dem, wie Kantonalparteipräsident Heinz Brand schon angemerkt hat, aus gewissen SVP-Kreisen Zustimmung nachgesagt wird. Ob dem auch in Graubünden so sei, werde sich bald zeigen – bei der anstehenden Parolenfassung.



Debatte: Magdalena Martullo, Heinz Brand und Dominik Feusi (rechts) diskutieren das Rahmenabkommen.

Bild Jano Felice Pajarola

Das Fuder nicht weiter beladen

Hug, Architekt, Trimmiser Gemeindepräsident und Vorstandsmitglied der Bündner Vereinigung für Raumentwicklung, gibt zu: «Ja, wir haben ein Problem in der Schweiz, es wird viel und sicher nicht immer gut gebaut. Da muss man genau hinschauen.» Es sei aber trotzdem nicht nötig, mit der Initiative das Fuder zusätzlich zu den beiden Revisionsetappen des Raumplanungsgesetzes noch weiter zu beladen. In seiner Gemeinde Trimmis und sicher auch andernorts gebe es heute Flächen, die mit bis zu sechs verschiedenen Zonen überlagert seien – eine Regulierungsdichte, die das Umsetzen von Projekten schon jetzt deutlich erschwere.

Die von der Initiative geforderte Verdichtung nach innen als Spielregeländerung mitten im Spiel, die geplante Mehrwertabgabe als noch nie da gewesener Eingriff ins Grundeigentum, das streng standortgebundene Bauen als Problem für Landwirte: Hug übt

«Wir werden dafür sorgen, dass das Rahmenabkommen mit der EU vors Volk kommt.»

Magdalena Martullo
SVP-Nationalrätin

Kritik an mehreren zentralen Punkten des Volksbegehrens. Was die Schweiz gegen die Zersiedelung viel eher brauche, sei eine Steuerung der Zuwanderung.

Vereinzelt auch Sympathie

In der anschliessenden Diskussion erweisen sich die Reihen der SVP Graubünden tatsächlich als nicht vollständig geschlossen, es kommt zu einzelnen Sympathiekundgebungen für die Initiative. Die Nein-Parole wird letzt-

lich aber doch klar gefasst, mit 43:2 Stimmen bei drei Enthaltungen plädiert die Kantonalpartei für eine Ablehnung (Ausgabe vom Mittwoch).

Ablehnend steht die SVP Graubünden auch jenem Vertragswerk gegenüber, das im Anschluss an die Parolenfassung Thema eines Podiumsgesprächs ist: SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo nimmt gemeinsam mit Bundeshaus-Wirtschaftsjournalist Dominik Feusi den EU-Rahmenvertrag und das künftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der Union kritisch unter die Lupe.

Revolution gegen die Obrigkeit

Daniel Walti, Präsident der gastgebenden SVP Viamala, hat den Aspekt zu Beginn des Abends schon in seiner Begrüssung aufgegriffen. Mit einem Exkurs in die Zeit des Viamala-Briefs von 1473: Eine Revolution gegen die Obrigkeit sei er gewesen, der Beschluss, die Viamala für den Transit besser zu er-

schliessen und die Rechte der lokalen Porten zu bekräftigen. Und die Diskussion darum stelle er sich ähnlich vor wie heute jene über das Rahmenabkommen, so Walti. «Nicht jede Kröte muss geschluckt werden.»

Stimmt der Eindruck, fragt Moderator Brand die beiden Podiumsteilnehmer, dass zwar das Establishment den Rahmenvertrag will, die Bevölkerung ihn aber grösstenteils ablehnt? «Man weiss nie», warnt Martullo. Es sei aber das Ziel der SVP, das Abkommen – nach allfälligen Nachverhandlungen mit ungewissen Erfolgsaussichten – vors Volk zu bringen, vielleicht 2021/22. Für Feusi ist klar: Die Schweiz sollte zuwarten, eng mit den aus der EU ausscherenden Briten kooperieren und Freihandelsabkommen eingehen. «Wir müssen als Exportnation weltweit unterwegs sein.» Das «Dogma», man könne nur dabei sein, wenn man das Recht der EU nachvollziehe, dürfe man nicht akzeptieren.